

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Red. & Comp. Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,70 M., durch  
den Postweg vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 12,00 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weitznerplatz 10. Tel. 26 261.  
Erscheinenszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.  
Expedition: Weitznerplatz 10. Tel. 26 261.  
Erscheinenszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5spaltige Normalzeile 1,50 M., Familienanzeigen  
1,00 M., die 3spaltige Normalzeile 4,00 M., einschließlich Postgebühren. Bei  
mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Ver-  
pflichtung zu Aufnahme an vorgeliebten Tagen. Für Briefverbreitung 20 Pf.

Nr. 51

Dresden, Mittwoch den 3. März 1920

31. Jahrg.

## Der neue Herr

Wit Corty, dem ehemaligen Admiral der K. K. Marine, ist ein Mann an die Spitze Ungarns getreten, der durch wirtschaftliche Verträge auf die italienische Hilfe und auf die englische Flotte sich einen Namen gemacht hat. Auch sind seine Anhänger fest der Überzeugung, daß durch sein Verdienst die deutsche „Weisse Armee“ glücklich in die Dardanellen gelangt sei. Nach der Revolution übernahm er die politische Aufgabe. Die „Weisse Armee“ bildete er aus reaktionären Elementen die die „Weisse Armee“, der selbst die Exzentrikerkommission die Erlaubnis zum Einmarsch in Budapest erst gab, als Bela Kunns Herrschaft gestürzt und die Rumänen bis dicht vor die Tore der Hauptstadt vorgezogen waren. — Corty gilt als Sozialist für die Habsburger, muß aber um der Ehre willen vorläufig noch davon Abstand nehmen, seine revolutionären Pläne zu verwirklichen.

Bela Kunns Ungarn unter seiner Verweigerung steht, davon ist das unglückliche Land in den letzten Monaten reichlich belehrt worden. Während der Führer der modifizierten Sozialdemokratie Graf Apponyi in Paris den Beweis zu führen sucht, daß der Gewaltfriede Ungarn betelarm mache, geriet sich in Budapest die sogenannte Nationalversammlung zum Kopf darüber, ob Corty den Titel „Dardanelles“ und die Befugnisse eines richtigen „gottbegnadeten“ Führers erhalten solle. Die Verhöhnung der Städte leidet bitterste Not. Die Vertreter des Volkes aber bewilligen den blutdürstigen Diktator Millionenangelegenheiten. Die größte Sorge aber bereitet den Herren Ungarns Corty. Wegen der „Weissen“ und „Amerikaner“ verlangt man eine starke Armee, obwohl Graf Apponyi in Paris gewiß erfahren wird, daß die Entente bei militärischen Unternehmungen Ungarns gegen die „äußeren Feinde“, Tschechen und Rumänen, nicht ruhig zuzusehen gewillt ist. Der Corty noch als Feind gilt, das sagt klar der Eid, den die Soldaten schwören müssen und vor mit den Worten beginnt: „Ich gelobe im Namen der Heiligen Jungfrau Maria, daß ich stets bestrebt sein werde, gegen die Tschechen und Rumänen zur Vertreibung der besetzten Gebiete und deren Wiedervereinigung mit Ungarn sowie gegen jede sozialistische Bewegung zu kämpfen.“

In Wirklichkeit schafft natürlich gerade die „Weisse Armee“ die innere Gefahr. Selbst die Nationalversammlung leidet jetzt schon unter dem Erbe der unruhigen Torden. Der Präsident führte lebhaft Beschwerde darüber, daß das Parlamentengebäude von Soldaten umringt und einer Reihe von Abgeordneten, darunter auch dem Finanzminister, der Vorsitz in das Parlamentsgebäude verweigert wurde. Der Ministerpräsident wandte sich in der schärfsten Weise gegen die Uebergriffe der Offiziere und erklärte, daß die Regierung alles aufbieten werde, um der Nationalversammlung volle Genugtuung zu verschaffen. In der Sitzung wurde mitgeteilt, daß 15 Offiziere die Erlaubnis erhalten hätten, sich in den Wandelgängen des Parlamentsgebäudes aufzuhalten. Als aber 150 Offiziere ohne Erlaubnis hineinkamen, wurde der Kriegsminister Friedrich gestrichelt zum Parlament abgeführt, wurde gegen das Auto ein Revolvergeschuß abgegeben. Der Kriegsminister blieb unverletzt. Der Minister konnte noch nicht verhaftet werden.

Auch die Führer der Radikalen Somogyi und Vaso, deren Namen wohl bekannt sind, erweuten sich... noch der goldenen Freiheit. Es sind der Oberleutnant Gajdos sowie der Baron Kozsma, der Leutnant Julius Szekessy, der Gendarmenoberleutnant Baggi und der Feldwebel Vaso. Die Militärbehörde kloperte nicht zur Verhaftung der Genannten, welche ihre Unverletzlichkeit sogar so weit treiben, ein Angebot für einige Zeit ins Ausland zu reisen, freizugehen. Inzwischen werden zwei neue Wortführer gemeldet. Der Oberleutnant des Budapest-Postparlamentes, Bela Keumann, der durch Zufall Kenntnis von einigen Details der Mordtat bekam, wurde in eine Stube geschleppt und dort ermordet. Er starb an den Folgen einer Blutvergiftung. Auf dieselbe grausame Weise wurde der Ingenieur Stephan Müller aus Segedin ermordet.

Das sind die Auspizien, unter denen Ungarns neuer Herrscher die Regentenschaft ergreift. Und es ist nicht die geringste Aussicht, daß es besser wird, solange die Vertreter des Imperialismus und Feudalismus das Heft in den Händen halten. Dem deutschen Volk aber mag Ungarn ein warnendes Beispiel sein. Es ist freilich leichter zu sagen, zu glauben, bei uns könne es nie so weit kommen. Auch in unserem Lande ist die Reaktion eifrig bemüht, die Herrschaft an sich zu reißen, und ihre besten Bundesgenossen sind die radikalen Schreier, die ständig den Sozialismus durch maßlose Ueberschreibungen und Kompromittierungen. Meinst es aber den Männern der äußersten Rechten, ihr Ziel zu erreichen, dann Gute Nacht, alle Revolutionen der Revolution; denn nichts berechtigt uns, zu glauben, daß uns die Nationalen, unsere „Weissen“, in Frankfurt und Weidach sich wesentlich von denen Ungarns unterscheiden.

### Regierungsabildung in Ungarn

Budapest, 3. März. Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung zichen sich in die Länge, weil noch bevor das Kabinett ernannt werden soll, eine Wendung des Schicksals über die Angelegenheit des Reichsverweisers vorgenommen werden dürfte, und zwar in dem Sinne, daß dem provisorischen Staatsoberhaupt das unbedingte Recht auf Auflösung der Nationalversammlung einräumt sei. Die Reaktion des Schicksals dürfte die erste Aufgabe der definitiven Regierung bilden und die Parteien sind geneigt, jetzt eine solche Erweiterung der Mandatsbefugnisse anzunehmen. Im Vordergrund stehen noch immer Gajdos, Müller und Rubinek. Der Reichsverweiser

wird in erster Linie den Versuch unternehmen, diese drei Persönlichkeiten zur Konstituierung des neuen Kabinetts zu veranlassen. Aber auch Rubinek hat die Belegvorlage über die Vordemokratie bereits fertiggestellt, so daß dieselbe demnächst zur Verhandlung gelangen kann. Der Staat erhält das Enteignungsrecht für Grundbesitz, die über 500 Hektar großen umfassen; der Kaufpreis wird durch freie Einigung der Interessenten bestimmt.

### Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas

Verlinar meldet dem Echo de Paris aus London, die wirtschaftliche Abteilung des Obersten Rates habe Verträge aufgestellt für die wirtschaftliche Wiederaufbau Europas. In diesen Verträgen komme zum Ausdruck, daß möglichst viel gepflanzt werden müsse und daß die produktiven Kräfte so zu steigern seien, daß sie größtmögliche ergeben. In den Verträgen wird außerdem erklärt, daß Europa eine einzige wirtschaftliche Einheit darstelle. Die wirtschaftliche Produktion werde überall normal sein oder sie sei es nirgends. Es wäre deshalb notwendig, Deutschland und Rußland in den Stand zu setzen, an der wirtschaftlichen Erhebung Europas mitzuwirken. Verlinar ist mit diesem letzten Punkt nicht ganz einverstanden, denn er meint, Deutschland müsse verhindert werden, die Rolle zu spielen, die es vor dem Kriege gespielt habe und die es ihm ermöglichte, in Europa eine wahrhafte Hegemonie auszuüben. Er meint auch, die Gebanten des Herrn Lenin dürften nicht zum Vordienste dienen, die erforderliche gemeinsame Wiederaufbau durchzuführen, aber die gerechten Forderungen Frankreichs dabei zu vergessen. Der Verleitetester des Journals aus London sagt, die Frage der Bewilligung langfristiger Kredite sei nicht gelöst worden.

Aus Mailand wird gemeldet: Der Corriere de la Sera berichtet aus London, daß sich bei den wirtschaftlichen und finanziellen Beratungen in London die Gesichtspunkte Rittis gegenüber denen der Alliierten durchgesetzt haben. Die Notwendigkeit einer schnellen Abklärung wurde anerkannt. Ebenso trat ein Einverständnis dafür zutage, daß man Deutschland Mittel zur Arbeit gäbe und Rußland die Möglichkeit zur Reorganisation verschaffen müsse. In einem, an die Öffentlichkeit gerichteten Aufruf werden die in dieser Hinsicht getroffenen Abmachungen bekanntgegeben. Im Namen der drei alliierten Großmächte und Belgiens soll dargelegt werden, worauf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Europas zurückzuführen ist, und es soll einanderdargelegt werden, auf welche Weise dieser Zustand behoben werden könnte. Bei den Beratungen über den Umfang der Beistellungen mit Rußland entspann sich eine lebhafte Debatte, da die französischen Vertreter fürchteten, daß die friedlichen Auseinandersetzungen mit Sowjetrußland auf die politische un-

klaren Verhältnisse Rußlands einwirken könnten. Man rechnete daher damit, daß die endgültigen Beschlüsse in dieser Hinsicht nur einen Hinweis auf die Notwendigkeit enthalten werden, den Handelsverkehr mit Rußland zu fördern.

London, 2. März. Die deutsche Kommission, an deren Spitze Legationsrat Feiliger vom Reichsamt für Post ist hier ein- getroffen.

### Wilhelms Milliarden

Die Landesversammlung hat gestern einen großen Tag, nach dem ein Milliardenobjekt zur Debatte, der Vertrag über die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone. Das Haus und die Tribünen waren daher schon bei Beginn der Sitzung gut besetzt. Zunächst begründete Finanzminister Dr. Sibelius die Vorlage, die das Ergebnis eingehender Verhandlungen darstellt. Diese Verhandlungen haben sich allerdings auf der Grundlage der bestehenden Verhältnisse abspielen müssen, nach welchen eine Enteignung ohne Entschädigung nicht in Frage kam. Dann ergriß der sozialdemokratische Fraktionsführer Grottel das Wort zu einer gründlichen Abrechnung mit dem alten System und seinem hervorragenden Vertreter, dem ehemaligen König. Er verlangte daher von den Reichstagen die Schaffung eines Gesetzes zur Enteignung des Königshauses, die in der ersten Zeit nach der Revolution verfaßt worden ist. Daran sind übrigens die Unabhängigen mit Schulz, Adolf Hoffmann selbst war damals gegen die Enteignung. Der Redner wendete die kräftigen Worte des Redners offensichtlich unangenehm. Die muntere und unruhige auf ihren Stühlen hin und her. Grottel schloß unter höchstem Beifall der Linken: „Wir würden schloß sein, wenn wir, die Wilhelm einst Vaterlandsliebe Gesehen geschimpft hat, diesem Vertrag zustimmen.“ Gegen die beiden sozialdemokratischen Redner stand ein geschlossener bürgerlicher Block. Natürlich fürchteten die Kapitalisten, daß es ihnen eines Tages so gehen könnte wie Wilhelm dem Regten. Die Vorlage wurde samt den dazugehörigen Anträgen dem Reichstagsrat übergeben.

### Die Einigung im französischen Eisenbahnerkonflikt

Paris, 2. März. Ueber die Grundlage der Einigung zwischen den Direktoren der Eisenbahnen und den Ausschüßigen wird berichtet: Das Gewerkschaftsrecht muß geändert werden. Lohnstufen und Statuten des Eisenbahnerverbandes müssen auch auf den großen Linien angewandt werden. Auf den Nebenbahnen sollen keine Jugendaufstellungen gemacht werden. Ueber die Einigung eines gemeinsamen Ausschusses zur Beratung der künftigen Verwaltungsreform wird mit der Regierung verhandelt werden. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterwerfen sich dem Schiedsgericht des Ministerpräsidenten, der dahin geht, daß Disziplinarstrafen aufgehoben und Streitlinge nicht bezahlt werden.

## Erzbergers Glück und Ende

In seiner Rede vor dem Gericht hat der Oberstaatsanwalt erklärt, der Beweis dafür sei erbracht, daß Erzberger Politik und Geschäft in unzulässiger Weise verknüpft hat. Nach den Ergebnissen der Vernehmung kann auch kein Zweifel mehr daran sein, daß Erzberger als Minister unzulässig ist.

Die Sozialdemokratie hat einstweilen dem Wesen ihrer Geschichtsverachtung es von jeder abgesehen, sich allzusehr mit dem Wirken und der Bedeutung von einzelnen Personen zu befassen, und wenn dieser Mann es vermochte, auch in unferer Partei ein außerordentliches Interesse zu erwecken, so müssen hier ganz besondere Gründe maßgebend sein. Man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, daß Erzberger nach der Beilegung Karl Liebknechts zu den weitgehenden Persönlichkeiten der deutschen Republik gehört; vielleicht das einzige, was er mit jenem radikalen Führer gemeinsam hatte, der sich durch einen unbedingten Charakter höchst vorteilhaft von diesem „politischen Geschäftshaber“ abhob.

Die Art und Weise, in der unsere „nationale Presse“ in der unerschütterlichen Erzbergeraffäre Licht und Schatten verstreut, ist höchst irreführend und beweist, daß sie für das Wesen der Perspektive ein recht mangelhaft entwickeltes Aufnahmevermögen besitzt. Schon heute nämlich läßt sich mit aller Bestimmtheit voraussagen, daß, falls in Zukunft ein nationaler Lehrer einmal das Aufstufsystem stellen sollte: „Selberich und Erzberger, zwei Charaktertypen“, durchaus nicht zwei derartig gegenwärtige Gebilde entstünden, wie besagter Oberlehrer vielleicht hofft. Im Gegenteil, es würde vielmehr ein beträchtlicher Meißel (Koraxer Korbe Selberichs) — übrigens nur in deutschnationalen Augen — hellleuchtendes Bild verdrängen.

Erzbergers und Selberichs Unterscheidungsmerkmale nämlich sind nur quantitative Natur. Die Moralität, auf der Selberich stolz ist, ist nicht von jenem unerschütterlichen Rigorismus wie ihn uns der Altmeister der deutschen Philosophie Emanuel Kant, predigt. Selberichs feint mehr als jene zwei erhabenen Kantischen Gedanken: den getrennten Sinnel über sich und das moralische Gesetz in sich, und deshalb vermochten seine Rollen im Gerichtslokal nur geringen Eindruck auf uns zu machen. Dennoch, es sei ihm gerne eingestanden, steht er quantitativ hinter Erzberger weit zurück, und wenn Talent und Genie sich gleichfalls nur durch Quantität unterscheiden, was allerdings noch zu erweisen wäre, so billigen wir gern Herrn Erzberger den Ruhm der Genialität und Selberich den des Talents

zu. Es zeigt sich also, daß das moralische Gefühl unserer Nationalisten jeder inneren und ehelichen Berechtigung entbehrt.

Es bleibt zu prüfen, welcher Herr Erzberger zuzurechnen ist, der Monarchie oder der Republik. Die Frage so zu stellen, wie es die nationalistische Presse in bewusster Irreführung tut, bedeutet eine Vermirrung in die Dinge hineinzutragen, die zur Herbeiführung einer Klärung wahrlich wenig geeignet ist. Die Republik als solche kann natürlich genau so korrupte Persönlichkeiten bergen wie die Monarchie, und nicht minder vermögen in ihr „weisse Wästen“ im reinen Sinne zu erschaffen, wie in irgendeiner anderen Staatsform. Man überlege doch bei dieser Frage nicht, daß die Republik sowohl wie die Monarchie aus lebendigen Menschen besteht, die sich mit der einen oder anderen Staatsform mehr oder weniger freudig abfinden und beide überleben, während Monarchie und Republik mitunter eine weit längere Lebensdauer haben. Wenn nun nicht einwandfreie Persönlichkeiten sich von der einen Staatsform in die andere hinüberzureiten verfehlen, so ist es doch eigenartig und kein Beweis eines besonders ausgeprägten Rechtsbewusstseins, wenn man die hinübergenommene Persönlichkeit dem neuen System zugerechnen sucht, gleich als wenn dieses für alle korrupten Konditionen, die jene Persönlichkeit vielleicht seit Jahrzehnten schon begangen, verantwortlich gemacht werden könnte. Wenden wir im Falle Erzberger die „Mitteltheorie“ an, so können wir doch wohl nur sagen, daß er heute über die Manipulationen stützt, die er in der Luft, in der er unter Wilhelm II. ganz bequemerweise atmete, ausgeübt hat.

Man verstehe uns nicht falsch, wir wollen Herrn Erzberger nicht verteidigen und auch nicht täuschen. So sehr seine Arbeitskraft als Finanzminister anzuerkennen ist, so unzulässig ist es doch keinem Zweifel, daß er durch einen Nachfolger baldigst ersetzt werden muß, und es wäre traurig um die deutsche Republik bestellt, wenn sich niemand fände, die ihmere Erbe anzutreten. Wogegen wir uns nur mit aller Bestimmtheit wenden, das ist die Ausladung des „Herrn Erzberger“ zu parteipolitischen Zwecken, denn hierzu liegt wahrlich kein Anlaß vor. Nachdem wir aber dies mit aller Deutlichkeit erklärt haben, wollen wir ebenso bestimmt und ohne jeden Vorbehalt erklären, daß es unweigerlich an der Zeit ist, über diesen wandlungsfähigen Politiker die Aktien zu schließen und hiermit seinen Schwanzanzug zu singen.